

Universitäts- und Landesbibliothek Bonn

1. Forschungsinstitute

Constituierendes bis 1 Okt. 1911

Brief an den Akademischen Senat [der Universität] in Leipzig

Lamprecht, Karl

Dresden, 6. April 1911

urn:nbn:de:hbz:5:1-151988

Abschrift!

Dresden, den 6. April 1911.

30

An den Akademischen Senat - Leipzig



Vertraulich!

Seit längerer Zeit wird in der Gelehrtenwelt die Frage erwogen, ob und wie etwa einzelnen Wissenschaften eine von akademischen Lehranstalten unabhängige Gelegenheit zu besonders eingehender, durch keinerlei Rücksicht auf den Unterrichtsbetrieb jener Anstalten beeinträchtigter Forschungsarbeit zu bieten sein möchte.

Ein bedeutsamer Schritt in dieser Richtung wurde, wie dem Senate bekannt ist, im Anschluss an die hundertjährige Jubelfeier der Universität Berlin unternommen durch Gründung der dortigen „Kaiser- Wilhelm- Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften“, welche laut ihrer Satzung den Zweck verfolgt, „die Wissenschaften durch Gründung und Erhaltung naturwissenschaftlichen Forschungsinstitute insbesondere zu fördern.“

Erscheint somit die oben angedeutete Forschungsgelegenheit für das Gebiet der Naturwissenschaften innerhalb Deutschlands auf einem Wege gesichert, der annehmbarer Weise - trotz des Mangels einer hierauf bezüglichen Satzungsvorschrift- die geplanten Institute mindestens in ihrer Mehrzahl nach Berlin führen und die Reichshauptstadt zum unumstrittenen Mittelpunkt naturwissenschaftlicher Forschung machen wird, so liegt die Erwägung nahe, ob nicht an einem anderen Zentrum geistigen Lebens und insbesondere in Leipzig eine gleichfalls dem Gesamtbedürfnisse des Deutschen Reiches möglichst vollständig genügende Forschungsstätte für die sogenannten Geisteswissenschaften begründet werden könnte.

2.

Von solchen Erwägungen ausgehend, hat, wie dem Senate wiederum nicht unbekannt geblieben sein kann, der ~~jetzige~~ Rector Magnificus zunächst persönlich - wenn gleich mit Vorwissen des unterzeichneten Ministeriums- die Geneigtheit privater Kreise zur finanziellen Unterstützung von Forschungsinstituten geprüft und in erfreulichem Masse bestätigt gefunden, sodann aber die im Abzuge beiliegende Denkschrift hierher eingereicht.

Nach deren Durchsicht hatte das Ministerium sich in erster Linie die Frage vorzulegen, ob die etwa zu gründenden Forschungsinstitute besser - wie das in Preussen offenbar beabsichtigt ist - ganz von der Universität getrennt oder ihr in irgendwelcher Form angegliedert werden sollten.

Bei eingehender Erwägung will nun doch eine gewisse Angliederung als der richtigere Weg erscheinen, weil dabei sowohl die Doppelbeschaffung kostspieliger Bücher und sonstiger Hilfsmittel als die Doppelanstellung von Arbeitskräften in weitgehendem Masse vermieden und des ferneren einerseits die unerlässliche wechselseitige Befruchtung zwischen Hochschule und Forschungsinstituten am sichersten gewährleistet, andererseits jedem unerwünschten Wettbewerb beider Gattungen von Kulturstätten wirksam vorgebeugt würde.

Die Angliederung könnte vielleicht in der Weise erfolgen, dass jeweilen dem für das Fach zuständigen akademischen Institute eine besondere Forschungsabteilung hinzuträte; in dieser Abteilung fände kein Unterrichtsbetrieb statt, und die ihr zufallenden rein wissenschaftlichen Arbeiten würden (mindestens der Regel nach) nicht von akademischen Dozenten und Assistenten, sondern von eigens dazu bestimmten Gelehrten ausgeführt; die Abteilung wäre unter einem eigenen Vorstande mit weitestgehender Selbständigkeit auszustatten, immerhin aber der Oberleitung des Institutsdirectors mit zu unterstellen; hierbei müsste selbstverständlich unbedingt dafür gesorgt werden, dass die akademische Lehrtätigkeit



3.

des Institutsdirectors keinerlei Beeinträchtigung erführe; das Personalverzeichnis der Universität würde die Forschungsabteilung garnicht oder höchstens etwa anhangweise aufführen.

Besonderer eingehender Erörterung würde die Frage bedürfen, wer als Träger der von privater Seite zu Gunsten der Forschungsinstitute bereitgestellten und künftighin etwa noch bereitzustellenden Vermögensmassen eingesetzt werden soll.

Hierfür könnte die Universität nach den vorstehenden Vorschlägen nicht wohl in Frage kommen; auch die Bildung einer eignen nach preussischem Muster dürfte den hierländischen Verhältnissen nicht entsprechen: vielmehr wäre etwa ein unmittelbar staatliches Unternehmenseingestaltung der philologisch-historischen Klasse der Gesellschaften oder endlich eine Stiftung in Betracht zu ziehen, wie die Commission schriftlich vorschlägt.

Das Ministerium des Kultus- und öffentlichen Unterrichts wünscht, bevor es grundsätzlich zu dem gesamten Plane Stellung nimmt, Befinden mit anderen Ministerien - insbesondere wegen des Staatszuschusses mit dem Finanzministerium - in Verhandlung zu treten. Das Gutachten des Senates zu vernehmen und sieht daher eine nach vertraulichem Gehör der beteiligten Facultäten zu erwarten. Entgegen, indem es bemerkt, dass grösste Eile geboten sei, falls ein Teil der Forschungsinstitute schon während der Finanzperiode ins Leben gerufen und so in dieser allseitigen Gelegenheit für Sachsen ein gewisser Vorsprung vor anderen, ähnlichen Plänen beschäftigten Bundesstaaten gesichert werden soll.

M.d.K.u.ö.U.

gez. B e c k

